

Annahme-Bureau:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Willemsstr. 19.)
bei C. H. Ulrici & Co.
Willemsstr. 19.
in Gnesen bei H. Spindler,
in Grätz bei F. Kretschmar,
in Breslau bei Emil Kabsch.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei C. F. Danne & Co. —
Hauptredaktion: —
Karlshofstr. 10.
In Berlin, Dresden, Stettin
beim „Juwelendruck.“

Nr. 710

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Montag, 11. Oktober
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 9. Oktober. Der König hat dem Gymnasial-Direktor, Prof. F. Han zu Tüft, den R. Adl. Ord. 3. Kl. mit der Schl.; dem Prof. A. D. und Zahnmeister Gerdier beim brandenb. Train-Bataillon Nr. 3 den R. Ord. 3. Kl. verliehen, den Prof. Dr. Franz Hermann Genthle am Gymnasium zu Frankfurt a. M. zum Gymnasial-Direktor ernannt; sowie dem Kaufmann und Tuchfabrikanten Hermann Schröder senior zu Kenner den Charakter als Kommerzienrath verliehen.

Dem Gymnasial-Direktor Dr. F. S. Genthle ist die Direktion des Gymnasiums in Corbach übertragen, und dem Oberlehrer Dr. Lemme am Gymnasium zu Rheine das Prädikat „Professor“ beigelegt, beim Schullehrer-Seminar zu Ober-Glogau dem Hilfslehrer Pauli Vorkort die provisor. Verwaltung einer Seminarlehrerstelle übertragen und der Elementarlehrer Heinrich Sollors, bisher in Myslowitz, als Hilfslehrer angestellt, der Lehrer Gustav Rist zu Dortmund zum Gewerbeschullehrer ernannt und an der Gewerbeschule zu Köln angestellt, der Lehrer Dr. Johann Peters zu Bochum zum Gewerbeschullehrer ernannt und an der Gewerbeschule zu Bochum angestellt, der Lehrer Dr. Johann Joseph Hansen zu Krefeld zum Gewerbeschullehrer ernannt und an der Gewerbeschule zu Krefeld angestellt worden.

Die oggersheimer Affaire.

welche ganz plötzlich eine Reihe von Telegrammen veranlaßt hat und über welche unsere Leser eingehend informiert worden sind, wird allem Anschein nach ihren Arrangements schiedt bekommen und auch nicht verfehlen, einen Rückschlag auf die gegenwärtigen Vorgänge in der zweiten bairischen Kammer zu üben. Die liberale Presse Baierns charakterisirt durchgängig das Benehmen der Bischöfe von Mainz und Speyer als ein unerhörtes. In der „Allg. Ztg.“ wird über die jüngste hierische Unverschämtheit und ihren Causalzusammenhang mit dem Auftreten der „Patrioten“ in der Kammer Folgendes geschrieben:

Eine telegraphische Harangue des Königs von Seite solcher, die weder durch Rang noch Beruf zum direkten Verkehr berechtigt sind, gilt immer als anstößig. Man erinnere sich nur, wie schwer unter einem sehr konfessionellen Ministerium jene vier Richter biegen mußten, die sich wegen der Beugung eines Beurtheilten an König Max II. wendeten, und doch war ihr Schritt von wahrhaft humanen, von viel edleren Gefühlen diktiert, als die hierarchischen Agitationsinteressen, die zu Grunde liegen können. Ob der mainzer Bischof einmal öfter geglaubt hat, oder nicht, ist gleichgültig; daß er aber auf gaslichen Boden Regierungsverhältnisse ignoriert und sich von seinem Amtsruder allerhöchste Entscheidungen machen läßt, das ist ein Verbrechen, welches beweist, daß die monarchistischen Gesinnungen der deutschen Bischöfe unter dem Mittel stehen. Und um Gesinnungen handelt es sich gar nicht mehr; die Herren handeln, und unter solchen Umständen verliert die Borgia'sche Adresse jegliche Bedeutung. Was sollen publicistische Erörterungen eines Laien noch für Interesse erwecken, wo bereits die öffentliche Thaten vorliegen? Wo in Bayern oder Deutschland ist ein Mensch, der ungestraft ein Verbot umgeht, und die willkürliche Annahme, der König erlaube ihm das, als Rechtsgrund für sich in Anspruch nimmt? Was die Regierung einer solchen Naivität gegenüber, wie sie nur neukatholischen „Kirchenfürsten“ eien ist, was ist ihm zu tun? Läßt sie das hingehen, so ist gegen alle gesetzlichen Hindernisse ein unfehlbares Mittel gefunden: man telegraphirt einfach an den König, deutet das unaussprechliche Schweigen als Zustimmung und thut was man will! Das Verfahren verdient als Sauerberg-Ketteler'sche Selbsthilfsmethode patentirt zu werden.

Wie bereits gemeldet, hat König Ludwig in Folge des oggersheimer Vorgangs zwei Handschriften an den Kultusminister v. Luz erlassen. In dem einen wird dem ernstlichen Befremden darüber Ausdruck gegeben, daß der Bischof Dr. Sauerberg von Speyer bei dem rein bairischen Kirchenfeste in Oggersheim und in so erregter Zeit einem mit den bairischen Verhältnissen wenig bekannten und an dem Streite der Parteien in hervorragender Weise beteiligten Kanzelredner einer fremden Diözese die Predigt überlassen habe. In dem zweiten Handschreiben heißt es, der König erblicke in dem Vorgehen des Bischofs Sauerberg eine mit der von ihm beschworenen Pflicht des Gehorsams in schroffem Widerspruch stehende Handlung; die Theilnahme des Bischofs Ketteler an dieser Handlungsweise dagegen enthalte eine schwere Verletzung jener Rücksichten, welche ihm das Verweilen im Lande des Königs auferlegt haben müßte. Man darf in diesen beiden Handschriften die unmittelbare Initiative des Königs selbst erblicken; denn wenn die beiden Bischöfe mit überlegtem Vorbedacht den geeigneten Weg aufgesucht hätten, König Ludwig zu reizen und herauszufordern, besser konnten sie es gegenüber den bekannten Charakterzügen des bairischen Monarchen nicht treffen. Die „Nat. Ztg.“ giebt dieser Ansicht wie folgt Ausdruck:

König Ludwig sieht sich schon im Allgemeinen nur ungern in den Gang der politischen Verwaltung hineingezogen, sobald man aber seine Autorität anruft, die er mit strenger, man könnte sagen, aufrechter Sorgfalt bewacht, war es ein Gebot, auch nur des einfachsten Anstandes, dieselbe auch strengstens zu respektiren. Statt dessen verwickelte man erst den König in einen ihm unangenehmen Handel und schickte sich sodann ohne Weiteres über die königliche Entscheidung hinaus, die in dem Schweigen auf die telegraphische Eingabe verständlich genug gegeben war. Man wird nicht verfehlen, auf diesen für den Gang der Dinge in Bayern voraussichtlich höchst einflussreichen Vorgang den Spruch von den kleinen Ursachen und großen Wirkungen anzuwenden. Es ist aber keineswegs ein fremdartiger Zufall, der in dem jüngsten Auftreten der zwei Bischöfe sein Gewicht in die Waags- und he-schwankende Waage warf. Grade in solchen kleineren Vorfällen zeigt sich manchmal die allgemeine Lage am schärfsten ab. Die großen Umrisse des Planes der Hierarchie, sich der staatlichen Unterordnung zu entziehen und neben und über dem Staat eine eigene Souveränität zu errichten, entstehen sich grade wegen ihrer unfaßlichen Anlage manchem Auge, ein Vorfall wie der oggersheimer aber drängt die ausweichenden Bünde des ganzen kirchlichen Verhaltens auf einen so kleinen Raum zusammen, daß sie mit dem besten Willen nicht übersehen werden können. Wenn Bischof Ketteler im deutschen Reichstage den Satz aussprach, Gottes Gehege gingen den menschlichen Gehegen vor, so konnte man sich etwa dabei denken, daß der Bi-

schof die Freiheit des Gewissens verteidige. Bei der Daggersheimer Wallfahrt aber wurde es zweifellos, daß Ketteler für sich und seine Amtsgenossen die Befugnis in Anspruch nimmt, Anordnungen der Bezirksregierung, des Ministeriums, des Königs selbst, in rein äußerlichen Beziehungen ohne Weiteres bei Seite zu setzen, wenn diese Anordnungen seinem sonderbaren Belieben entgegenstehen. Grade je unbedeutender der Gegenstand war, um welchen sich anfänglich die Sache drehte — ob Ketteler oder einer der zahlreichen bairischen Geistlichen, die anwesend waren, vor einer vollständig gläubigen und schon durch die Reliquien und Wunder der Wallfahrtskapelle überzeugten Menge predigen sollte — um so schärfer tritt die Begriffsverwirrung hervor, welche in den Köpfen der deutschen Bischöfe immer noch spukt. Dem Uebermuth und der Frivolität, welche sich jede Mißachtung der Gesetze erlauben zu können glaubt, tritt das f. Handschreiben an den Minister von Luz in Worten entgegen, die der Episkopat von dieser Stelle zu hören nicht gewohnt war und daß es gerade an den von den Klerikalen am meisten geschätzten und geschätzten unter den bairischen Ministern adressirt werden mußte, macht die darin enthaltene Demüthigung und Lehre noch empfindlicher.

Nach dieser Affaire erscheint es zum Mindesten zweifelhaft, ob der König die Borgia'sche Adresse überhaupt entgegennehmen wird.

Brief- und Zeitungsberichte.

DRC. Berlin, 9. Oktober. Die Kalamitäten, welche für unsere öffentlichen Fonds, wie Reichsindemnifikationsfonds, Festungsbaufonds, Provinzialindemnifikationsfonds u. dgl., durch den Kursrückgang der Prioritätsobligationen herbeigeführt worden sind, dürften leicht noch größere Unzulänglichkeiten zur Folge haben. Wenn diese Prioritäten noch nicht in so hohem Maße im Kurse verloren haben, wie andere Eisenbahnwerthpapiere, so ist der Grund darin zu suchen, daß eben die verschiedenen Reichsfonds größeren Quantitäten dieser Obligationen ein Asyl gewährt. Das Gesetz über den Reichsindemnifikationsfonds gestattet ungarantirte Bahn-Obligationen nur noch bis zum 4. Juli 1876 in dem Tresor des Fonds zu führen, ebenso ist der Festungsbaufonds bald gezwungen, seine Bestände an veralteten Papieren zu veräußern und in Betreff des Dotationsfonds wird ungewiss, wie weit mit dem Inkrafttreten der Provinzialordnung das Gleiche geschehen müssen. Welche Ausfälle sich dadurch für den Prioritätenmarkt herausstellen, ist leicht erklärlich. Wie wir hören, hat man bereits in den betreffenden Kreisen in Erwägung gezogen, auf welche Weise hier ein Ausweg geschaffen werden kann. Man hat darauf hingewiesen, daß jene Fonds durch die massenhaften Veräußerungen der Prioritäten ja selbst in Verluste gerathen müssen, die ganz erheblicher Natur werden können und daß es deshalb im Interesse der Reichsverwaltung selbst liege, die zu veräußernden Werthpapiere auf ein Minimum zu reduciren. Um dies zu ermöglichen, ist, wie man hört, der Vorschlag gemacht worden, eine Novelle zu dem Gesetz über den Reichsindemnifikationsfonds dem nächsten Reichstage vorzulegen, welche Bestimmung trifft, daß die Frist, bis zu welcher diesem Fonds gestattet ist, ungarantirte Eisenbahnobligationen in seinem Tresor aufzunehmen, noch weiter über den 1. Juli 1876 hinaus auszuweihen und man verweist als Berechtigung für diese Ansicht auf die Thatsache, daß in dem ursprünglichen Entwurf des Bundesraths eine Einschränkung, daß Eisenbahnobligationen nur als vorübergehende Kapitalanlage erworben werden dürfen, nicht bestanden habe, sondern daß diese erst in der Kommission in das Gesetz eingefügt sei und daß der Bundesrath schon damals diesem Ansinnen gegenüber erwidert habe, daß er die Bemessung des Termins bis zum 1. Juli 1876 für eine zu große Beschränkung halte.

Der Militäretat für 1876, dessen Vorlegung an den Bundesrath bevorsteht, soll neuesten Meldungen zufolge Mehraufgaben im Betrage von sechs Millionen Mark nachweisen, welche größtentheils in Folge bestehender Gesetze beantragt werden.

Die Erörterungen unseres Korrespondenten über die 275 neuen Stabsoffizierstellen haben in der Presse große Beachtung gefunden und zu mannigfachen Erwägungen angeregt. Jetzt spricht sich in ganz gleichem Sinne auch die „Nat. Ztg.“ über diese Angelegenheit aus. Bisher seien drei Positionen von Bedeutung worden: Die Mehraufgaben, welche durch die Ausführung des Gesetzes vom 3. Februar d. J. über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden verursacht worden, die Errichtung zweier neuer Eisenbahnbataillone und die Besetzung der Bezirkskommandosstellen mit aktiven Offizieren. Die beiden ersten Forderungen will die „Nat. Ztg.“ eventuell anerkennen; dagegen schreibt sie bezüglich der dritten:

Was die dritte Forderung betrifft, deren Authentizität wir noch dahingestellt sein lassen müssen, so ist uns bisher noch nicht bekannt geworden, welche besondere Gründe in Ansehung der Schlagfertigkeit oder Leistungsfähigkeit der Armee für die Errichtung der Bezirkskommandos durch aktive Offiziere sprechen; es ist uns nicht gelungen, jene Maßregel mit diesen Gesichtspunkten irgendwie in eine innere Verbindung zu bringen. Denn der allgemeine Grund, daß durch ein möglichst schnelles Aufwiegen jüngerer Offiziere in höhere Chargen die Frische und Energie der militärischen Aktion gefördert werde, hat doch wohl seine Bedeutung verloren, seitdem sich jedermann durch den Augenschein überzeugen kann, daß die Offizierstellen bis in die höchsten Grade hinaus mit verhältnismäßig jungen Männern besetzt sind und die Besetzung sehr fern liegt, daß die physische Qualität der Offiziere nicht den höchsten Anforderungen sollte genügen können. Die Befähigung zur Disposition gestellter Stabsoffiziere zur befriedigenden Erfüllung der Geschäfte der Bezirkskommandos, die doch überwiegend administrativer Natur sind, kann wohl kaum im Ernste diskutiert werden. Wir möchten sogar, abgesehen von finanziellen Rücksichten, ihre Ersetzung durch jüngere aktive Offiziere,

ie nicht bloß häufiger wechseln, sondern im Falle einer Mobilmachung jedesmal in die Feldarmee zurücktreten, eher für einen Nachtheil denn für eine Verbesserung unserer militärischen Einrichtungen ansehen. So bleibt denn schließlich nichts weiter übrig, als die Tendenz, auf indirektem Wege den Subalternoffizieren pecuniäre Verbesserungen zu schaffen. Ein Bedürfnis hierzu scheint uns nicht vorzuliegen, wenn wir auch gar nicht daran zweifeln, daß sich vielfältige Wünsche in dieser Richtung geltend machen. Einem solchen Wunsche nach immer steigenden Verbesserungen begegnen wir heutzutage leider überall, es ist durch die Aussicht einer leichteren Erfüllung seit der Milliardenzeit erzeugt worden und läßt sich durch fortgesetzte Bemühungen keineswegs aus der Welt schaffen. Daher ist, nachdem dem anerkannten Bedürfnisse in vollem Maße Genüge geschehen, ein Stillstand wenigstens für eine längere Zeit geboten und muß einem weiteren Fortschreiten auf abschüssiger Bahn entgegengetreten werden. So sehen wir von unserem Standpunkte aus zunächst nichts, das man zu Gunsten der besprochenen Maßregel in die Waagschale werfen könnte; dagegen spricht Alles und nicht zum wenigsten die mit der Kreiruna von 275 neuen Stellen für Stabsoffiziere verbundene Mehrausgabe von 1540000 M. jährlich.

Se. Maj. Schiff „Gazelle“ ist telegraphischer Nachricht zufolge am 4. Oktober in Sines eingetroffen. — Dieselbe beabsichtigt nach kurzem Aufenthalt daselbst nach Ausland weiter zu segeln.

Die Versammlung der vier bairischen Kreissynoden trat auf Einladung des Konfistoriums der Provinz Brandenburg im Saale des evangelischen Vereinshauses, unter Vorsitz des General-Superintendenten und Propstes von Berlin, Dr. Brückner, heute zusammen, um über die Stollgebühren resp. Kirchensteuerfrage, die Aufhebung des Parochialwanges für Trauungen u. in Beratung zu treten. In Vertretung im Vorstand wurden die vier weltlichen Assessoren der Kreissynoden und die vier gegenwärtigen Vorsitzenden der Synoden gewählt, nämlich: Stadtrath Hermes (Berlin I.), Dir. Künze (Berlin II.), Rentier Kosschann (Köln Stadt), Prof. Lisch (Friedrichswerder), Superintendent Berner, Superintendentur-Verweser Gutmann, Konfistorialrath Stahn und Konfistorialrath Noß. Auf Antrag des letztgenannten beschloß die Versammlung zunächst, daß die Aufhebung des Parochialwanges auch für Trauungen in gleicher Weise wie bei den Taufen in Behandlung genommen werde. Nach beendeter Diskussion wurde bei der Abstimmung mit allen gegen eine Stimme folgender Beschluß gefaßt: „Die Aufhebung des Parochialwanges in Berlin ist auch für Trauungen auszusprechen, in gleicher Weise, wie hier schon seit alten Zeiten der Parochialwange für Taufen nicht mehr besteht.“ — Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betraf die Stollgebührenfrage, worüber das Konfistorium acht Fragen aufgestellt hat. Dieselben beziehen sich namentlich darauf, ob die Aufhebung der Stollgebühren für alle Amtshandlungen oder für einzelne Gattungen derselben in Berlin ein Bedürfnis ist oder nicht, wie im Falle der Aufhebung der Erlöse dafür beschafft und ob die für die Kirchentassen sowie für die Geistlichen und Kirchenbeamten entstehenden Ausfälle durch eine Kirchensteuer, welche von allen evang. Einwohnern Berlins zu erheben sein würde, gedeckt werden sollen. Nachdem mehrere Redner gesprochen, wurde in die Spezialdiskussion über die erste Frage des Konfistoriums eingetreten: „Ist die Aufhebung der Stollgebühren für alle Amtshandlungen oder nur für einzelne Gattungen derselben ein Bedürfnis oder nicht?“ Nach kurzer Debatte in welcher der allgemeine Wunsch nach Aufhebung der Stollgebühren überhaupt mehrfach laut wurde, gelangte folgende vom Stadtrath Teschow formulierte These zur Annahme: „Die Aufhebung der Stollgebühren ist in Berlin für alle Amtshandlungen ein Bedürfnis, insbesondere auch die Aufhebung der Stollgebühren bei Verdingungen. Für besondere veraltete Alte und Feiertlichkeiten (Hochzeiten, Haustrauungen, Trauungen mit besonderem Schmuck und dergleichen) darf eine Entschädigung verlangt werden.“ Gegen diesen Antrag stimmte nur der bekannte Pastor Knal.

Nr. 38 des Justizministerialblattes enthält u. A. folgende Personalveränderungen: Dem Reichsanwalt Hagen in Wolfshagen ist aus Anlaß seines Dienstjubiläums der R. A. D. 4. Kl. verliehen. Dem Advokaten Dr. Spieß in Frankfurt a. M. und dem Notar Kurtz in Brühl ist die nachgesuchte Dienstentlassung, letzterem unter Verleihung des Charakters als Justizrath, ertheilt. Dr. Gerichts-Affessor Bird ist aus dem Depart. des Appell-Gerichts in Celle in das Departement des Appell-Gerichts in Köln versetzt. Dem Ger.-Affessor von Labergne-Peguilhon ist behufs Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt. Zu Gerichts-Aff. sind ernannt: der Ref. Burckard im Departement des Appell-Ger. zu Insterburg, die Ref. Hübner und Friedenthal im Depart. des Appell-Ger. zu Breslau und der Ref. Dieke im Depart. des Appell-Ger. zu Naumburg.

Wottdam, 7. Oktober. Am heutigen Tage wurde dem Wirkl. Geh. Oberregierungsrath Dr. Biele in Folge seines Uebertritts in den Ruhestand von einer Deputation im Namen einer sehr großen Zahl von Direktoren der höheren Schulen Preußens eine Ehrengebe als Zeichen der Verehrung und des Dankes überreicht. Dieselbe besteht in einer von dem Bildhauer F. Schaper in Berlin entworfene und durch die Fabrik von Völkold in Silber ausgeführten Gruppe, einen stehenden Alten darstellend, der einen sich an ihn lehrenden Jüngling unterweist. Der Sockel von schwarzem Marmor trägt die Inschrift auf silberner Platte: Viro humanissimo de juventute institutione optime Ludovico Wieso MDCCCLXXV. Der Senior der Direktoren Preußens, Direktor Dr. Ranke, hob in einer warmen Ansprache die mannigfaltigen großen Verdienste des Geehrten hervor. Derselbe dankte der Deputation in bewegten, tiefgreifenden Worten.

Zuchel, 7. Oktober. Eine Aeußerung des kommissarischen Landrathsamts-Verwalters Grafen Königsward bei Gelegenheit einer Vortragsversammlung hat hier allgemeines Aufsehen erregt. Genannter Herr sah in den preußischen Maßregeln und deren Ausführung durch die Staatsbehörden eine Katholikenverfolgung und verglich dieselbe mit den früheren Jahrhunderten veranlasseten Judenhetzen. Ob nun die königliche Staatsregierung durch die Wahl eines Mannes, dessen Anschauungen den ihrigen und denen der gesetzgebenden Körperschaft geradezu entgegenstehen, und der seiner Zeit durch die Aufnahme der „Märkte Maria“ auch durch die That bewiesen hat, daß er einen Theil der Staatsgesetze nicht zu respektiren gesonnen ist, einen Beamten gewonnen hat, wie sie ihn gerade auf einem so wichtigen Posten gebraucht, wollen wir der Beurtheilung der Leser überlassen. So viel wissen wir indeß schon heute, schreibt die „R. Z.“, daß von einem Großgrundbesitzer unserer

Kreises an die königliche Regierung zu Marienwerder ein Protest gegen die Wahl des Herrn Grafen Königsward ergangen ist, worin auf obige Äußerung des Herrn Landrathsamts-Verwalters aufmerksam gemacht wird.

Breslau, 9. Oktober. [Dr. Förster, Fürstbischof von Teschen.] Unter dieser Überschrift schreibt die in Teschen erscheinende „Silesia“:

Es ist fast eine Teilung der bisherigen Diöcese Breslau eingetreten; Dr. Förster, der trotz des Erkenntnisses des Berliner Gerichtshofes im österreichischen Theil seiner ehemaligen Diöcese bleibt, darf auch von der österreichischen Regierung als preussischer Bischof selbstverständlich nicht mehr anerkannt werden. Wir haben somit einen neuen, rein österreichischen Bischof, Dr. Förster von Teschen (als dem Sitz des General-Bischofs), mit dem Wohnsitz in Johannesberg. Eine schwierige praktische Frage aber bleibt: — wenngleich die rein kirchliche Seite derselben sich so viel selbst gelöst hat — noch immer zu überwinden: das ist die so viel ventilirte Frage des bischöflichen Vermögens. Da die fürstbischöflichen Einkünfte zum größten Theile in Revenuen von Gütern bestehen, die in Oesterreich-Schlesien liegen, so ist die Einkünfte also, in deren Besitz Dr. Förster vor wie nach sich befindet, nicht in gerechtem Verhältnis zu der Ausdehnung seiner jetzigen Diöcese (Teschen) gegen früher, so ist es unaussprechlich, daß die preussische Regierung bei der österreichischen vorstellig werden wird, bezufl. Stellung eines Theiles dieser Güter unter preussische Kirchenverwaltung. Leicht wird die Regelung dieser Teilung der bischöflichen Einkünfte gewiß nicht sein, abgesehen von dem Umstande, daß die katholischen Kirchenfürsten die Rechtlichkeit des Erkenntnisses des preussischen Reichengerichtshofes bestreiten. Bei der Mäßigung indes, die Dr. Förster, seit er in Oesterreich ständigen Aufenthalt genommen hat, bis jetzt zeigte, bei dessen gänzlicher Enthaltung von Einmischung in die Angelegenheiten des breslauer (preussischen) Theiles seiner ehemaligen Diöcese, endlich bei dem guten Einvernehmen zwischen der preussischen und österreichischen Diplomatie müssen alle Schwierigkeiten vor diplomatischen Verwicklungen zwischen den beiden deutschen Nachbarreichen absolut grundlos erscheinen.

Hannover, 9. Oktober. Die seit einigen Tagen von Professor Baumgarten hieselbst wieder aufgenommenen Volkspredigten scheinen in orthodoxen Kreisen eine Furcht und Wuth erzeugt zu haben, welche dieselben kein Mittel des Widerstandes gegen sie scheuen lassen. Die dritte am Donnerstag stattgehabte wurde schon nach den ersten Sätzen durch einen in der Versammlung erschienenen wüthen Haufen durch Geschrei, Jodeln, Pfeifen und Trommeln mit Händen und Füßen unterbrochen. Vergebens hatte Baumgarten seinen Vortrag mit der Mahnung zur Mäßigung im Kampfe begonnen, vergebens wurde von anderer Seite verurtheilt, die entseesselte Leidenschaftlichkeit zu beschwichtigen, die gestörte Ruhe wieder herzustellen, der Värm tobte immer ärger. Die Fortsetzung des Vortrages wurde unmöglich, jedes Wort der Verhöhnung, von welcher Seite es auch kam, wurde brüllend niedergeboren, und die Versammlung mußte geschlossen werden. Aber die Menge hatte Geschmack am Skandal gewonnen, sie blieb noch eine geraume Zeit auf der Wühlstatt und feierte ihren Sieg, wie sie ihn errungen, mit wüthen Lärm.

Frankfurt, 8. Okt. Vorgestern Abend wurde den freige-lassenen Redakteuren der „Frankf. Ztg.“ von Freunden und Parteigenossen ein Bankett gegeben, worüber wir demokratischen Blättern folgendes Nähere entnehmen: Etwas über hundert Personen füllten die Räume des Saales. Herr Dr. Reulrich eröffnete die Reihe der Toaste mit einem Trinkspruch auf die Männer, welche das Banner der Pressefreiheit, der ersten aller Freiheiten, standhaft emporgehalten. Und nun folgten in lebendigem Wechsel Trinksprüche und Ansprachen, von denen insbesondere die Erwiderungsworte des Herrn Curti anzuhören. Herr Curti bemerkte: Man habe oft von seinem und seiner Kollegen Martyrium gesprochen. Aber mit dem Verdienste Derer, welche in der Geschichte Märtyrer heißen, dürfe sich nicht messen, was die Redakteure der „Frankfurter Zeitung“ gethan. Vor Allem habe diese ein Gefühl des Anstandes vermocht, die Freiheit mit dem Gefängnisse zu vertauschen, denn ein anständiger Mensch könne sich nicht herbeilassen, Kollegen zu denunziren. Aber gerade darin, daß man heututage nicht aus Begeisterung, sondern aus purem Anstand ins Gefängnis geh, liege wohl die schneidigste Verurtheilung des einzelnen Angeklagten. Ferner haben sich die zur Zeugnis-Ablegung Aufgeforderten nicht verbeist, daß ihre Haft der guten Sache zu Statten kommen könne. Und der moralische Erfolg habe diese Hoffnung gerechtfertigt. Einsperren konnte man die Redakteure, aber vor dem Areopag der gestitzten Völker habe die preussische Polizei ihren Prozeß glänzend verloren. In diesem Kulturkampf seien die Verfolger die Sieger. Der Redner schildert dann die Lage, in welcher sich die Presse jetzt befinde. Den einen Vortheil, sagt er, habe der merkwürdige Vorgang jedenfalls gehabt, daß er die Reihen der Partei festete und auch den Gegnern Achtung abzwang; die Verfolgung werde zum Nachtheil des demokratischen Gedankens beitragen, weil letzterem sein Hoch gelte. Des noch in Ziegenhain eingesperrten Redakteurs D. Strich gedachte ein warmer mit allgemeinem Applaus begrüßter Toast.

München, 9. Oktober. Der Jürg'sche Abreßentwurf ist durch den Telegraphen bereits ziemlich ausführlich mitgetheilt worden; bei der Bedeutsamkeit des Aktenstücks geben wir indeß nachstehend den Wortlaut:

„Indem die neu gewählte Kammer der Abgeordneten sich dem Throno naht, um ihre Subdignen darzubringen, liegt ihr vor Allem die traurige Pflicht ob, Ew. Majestät den Ausdruck des tiefsten Beileids mit den schmerzlichen Verlusten darzubringen, die das königliche Haus in kurzer Frist Schlag auf Schlag erlitten hat. In guten wie in schlimmen Tagen mit dem Lande innig verwachsen, haben die Hingeschiedenen sich ein dankbares Andenken begründet, das nie erlöschen wird.“

Das bairische Volk hat den Augenblick erlebt, wo es seinen Vertretern wieder gegönnt ist, ihre Bitten und Anliegen unmittelbar zu den Füßen des königlichen Thrones niederzulegen. In jeder Beziehung erwartet dies Volk Hüfe und Rettung nur von seinem Könige und Herrn: heute aber richtet es mehr als je die bittenden Blicke auf Ew. Majestät, denn mehr als je fühlt sich das bairische Volk bedrängt durch die friedlose Lage der Gegenwart und gedrängt durch die drohenden Gefahren der ungewissen Zukunft. Daher sind im ganzen Lande die jüngsten Neuwahlen zum Landtage als ein Moment von entscheidender Wichtigkeit betrachtet worden. Aber die gegenwärtige Regierung wollte nicht, daß der Hüfer des treuen bairischen Volkes an Ew. Majestät gelangte. Mit allen erfindbaren Mitteln gegen den Geist und unbefangenen Interpretiren Gesetzbuchstaben hat sie das Zustandekommen einer Abgeordneten-Kammer zu verhindern gesucht, wie eine solche bei einem unparteiischen Votum der Wahlen sich ergeben haben würde. Die Neuwahlen sind auf Grund der Eintheilung in Wahlkreise vorgenommen, bei welcher nicht Recht und Gerechtigkeit die Hand geführt haben, sondern die Absicht, die wahre Meinung und Gesinnung der großen Mehrheit des bairischen Volkes zu unterdrücken, desjenigen Volkes, welches unter allen Umständen seine treue Anhänglichkeit bewahrt hat. Wie das Beispiel der obersten Behörde durch die untergeordneten Organe bei Anordnung der Urwahlen nachgeahmt ist, davon werden die Wahlprüfungen ein getreues Bild ergeben. Wenn das gegenwärtige Ministerium das Vertrauen des Landes zu besitzen gemeint hätte, dann wäre es nicht auf Anstufsmittel verfallen, die selbst ein Erfolg nicht zu beschönigen vermöchte. Nachdem aber der Versuch nicht einmal von dem gewünschten Erfolge begleitet gewesen ist, hätte die neugewählte Kammer wohl erwarten dürfen, daß das Ministerium durch seinen Rücktritt ihr die unliebe Nothwendigkeit ersparen würde, mit dieser Schwärze Ew. Majestät zu befehlen. Das Land bedarf und ersehnt den Frieden und ein vertrauensvolles Zusammenwirken der Regierung und seiner Vertreter; den hingeschundenen Frieden wird aber weder eine Parteiregierung noch eine Regierung zu bieten vermögen, welche die eine Seite des Hauses gegen die andere verwendet, ohne jemals eine auf-

richtige Unterstützung von der einen oder der anderen Seite gewinnen zu können. Das Land ruft nach einer bairischen Regierung, die sich, Recht und Gerechtigkeit zum alleinigen Leitstern nehmend, weder scheut, noch sich zu scheuen Ursache hat, an Stelle des verflinsten Gleichgewichts durch allseitig freie Wahlen den wahren Ausdruck der Meinung und Gesinnung des bairischen Volkes zu setzen. Nur eine solche Regierung wird von der Volkvertretung nicht nur nicht behindert, sondern eifrig unterstützt die erlahmende Thätigkeit der Regierung neu beleben können, nur eine solche Regierung wird auch in dem höchsten Kollegium des Reiches jenes Ansehen genießen, das ihr der Reichsverfassung gemäß zusteht und das auch unumgänglich notwendig ist, wenn nicht, wie bisher, ein Stück nach dem andern von der bairischen Krone und den Landesrechten dahinfallen soll in einem Interesse, das sehr weit entfernt ist, das allgemeine deutsche zu sein. — Im Geiste unwandelbarer Treue gegen Ew. Maj. und der opferwilligen Eingebung an das bairische Vaterland bringen wir diese Vorstellung an den Kaiserthron und bitten Ew. Majestät, abermals das erhabene königliche Wort vernehmen zu lassen: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke!“

Bern, 6. Okt. Letzen Sonntag ist im Kanton Genf das Gesetz in Kraft getreten, welches das Tragen geistlicher Gewänder außerhalb der Kirche verbietet. Wie es scheint, wird dasselbe viele Widerhandlungen zur Folge haben. Ein Fall wird bereits aus Veit-Saconnex gemeldet, wo der dortige Pfarrer Abbé Champendal, im Altargewande aus der Kirche nach seiner Wohnung zurückkehrte. Von dem dort stationirenden Brigadier der Landgendarmarie darauf aufmerksam gemacht, daß er gegen das Gesetz handle und es seine Pflicht sei, ihn anzuhalten, antwortete der Herr Abbé nur, er habe nichts dagegen. Die von dem Gesetz für derartige Uebertretungen festgesetzte Strafe besteht in 3 bis 15 Tagen Gefängnis und 10 Fr. bis 50 Fr. Geldbuße. — In St. Gallen hat die katholische Schulgemeinde beschlossen, der Schulrath soll bei dem evangel. Schulrath Schritte thun, um die katholische und evangelische Schulgemeinden zu einer rein bürgerlichen Schulgemeinde zu verschmelzen. Ein Antrag der dahin zielt, den Geistlichen den Zutritt in die Schule zur Ertheilung des Religionsunterrichts zu gestatten, wurde mit großer Majorität abgelehnt.

Türkei. In der wiener „politischen Korrespondenz“ wird Aufklärung über die Motive des neuesten Wechsels im türkischen Kriegsministerium gegeben. Dort heißt es:

Hussien Abni Pascha, unter allen türkischen Staatsmännern und Militärs der Gegenwart unumwandelbar der eigenartigste und schneidigste, konnte sich seit seinem Rücktritte vom Großvezirats ganz und gar nicht daran gewöhnen, in der hohen Politik nicht mehr der allein tonangebende Herr der Situation zu sein. Zur Zeit, als Esad Pascha Großvezir war, mochte er in Wirklichkeit es gar nicht fühlen, daß er die erste Stellung im türkischen Reiche nach dem Sultan mit einem politisch weniger bedeutungsvollen Vorsteher verwechselt habe. Esad Pascha war nur nominell Großvezir, während sein Vorgänger Hussien Abni es de facto blieb. Gerade aber der über seine Stellung hinausreichende Einfluß Hussien Abni's untergrub die Position Esad's und führte schließlich zum Sturze dieses Letzteren und zu seiner Abjüngung im Großvezirats durch Mahmud Pascha. Dieser, was Energie und Starke der Prinzipien anbelangt, vielfach Hussien Abni's ähnelnd, war von allem Anfang nicht der Mann, um ein langes Zusammenwirken mit Letzterem erwarten zu lassen. Alles erkannte den Augenblick für unaussprechlich an, in welchem es zwischen diesen beiden ehrgeizigen Hartköpfen zum Bruche kommen mußte. Die Krise ist rascher, als vermuthet wurde, eingetreten. Den Anstoß zu derselben gaben die Wirren in den slavischen Provinzen und die durch sie herbeigeführte Position der Pforte zu den Großmächten. Hussien Abni Pascha, welcher als Kriegsminister in den letzten vier Wochen in militärischer Beziehung wohl Vieles auf dem Infanterie-Konferenzen nachgeholt hat, was, wenn früher verfügt, die Verlegenheiten der Pforte kaum zu ihren derzeitigen Verhältnissen hätte auswaschen lassen, wollte nichts von Konzeptionen, nichts von Reformen, nichts von den Rathschlägen der Großmächte, nichts von der Aktion der Konfain wissen. Er wollte nur ein Programm verfolgt sehen, das der rückständigsten militärischen Repression, selbst auf die Gefahr hin, das Verhältnis der Pforte zu dem ganzen Abendlande zu trüben. Für diese Politik trat er nun entschieden und anspruchsvoller ein, als ihm nach seiner Stellung zukam. Der, wenigstens energische, aber staatsklügliche Mahmud Pascha miß jedoch die gefährlichen, politischen Präntationen Hussien Abni's mit aller Macht zurück. Trotzdem ist Mahmud Pascha nicht weniger eifrig auf das Unabhängigkeits Prestige des türkischen Reiches, als sein Rivale. So mancher politische Zug gerade aus den letzten Tagen dokumentirt diese Eifersucht in greller, ja vielleicht in allzu übertriebener und daher in Bezug auf die möglichen Endkonsequenzen für die Pforte nicht allzu vorthelhafter Weise. Jammern hat er aber die Nothwendigkeit begriffen, die Wiederherstellung normaler Verhältnisse dort, wo sie gestört sind, durch noch etwas Anderes, als das bloße Schwert, anzustreben. Die kaiserliche Botschaften und Reformgrade ist sein eigenes Werk, mit welchem er sich Hussien Abni's entledigt hat, aber auch der Würde der Pforte den größten Dienst erwiesen zu haben glaubt. In wie ferne die etwaige Annahme Mahmud Pascha's, durch die Erlassung der Grade den diplomatischen Bestrebungen der Großmächte das Präbentrie gespielt zu haben, eine ganz begründete ist, wird wohl die weitere Entwicklung der betreffenden Angelegenheit zeigen.

Serbien. Die mysteriöse Slupschinafälschung, in der die Krisis ausbrach, wird durch ein Telegramm des „Narodni Listy“ wie folgt geschildert:

Die Minister waren bereits in der Slupschina am Montag Vormittag anwesend, da erschien der Fürst von Adjutanten begleitet, und ließ die Sitzung für geheim erklären. Die Minister protestirten gegen das persönliche Einschreiten des Fürsten, verlangten in der Slupschina ihre Entlassung und verließen den Saal. Nach der Entlassung der Minister fragte der Fürst: „Habt Ihr Vertrauen zu mir?“ Stimmen: „Ja!“ „Seid Ihr für den Krieg?“ fragte der Fürst weiter. Stimmen: „Wir wollen den Krieg, das weißt Du wohl!“ Der Fürst setzte hierauf auseinander, daß er nicht den Krieg wolle. Darauf riefen die Abgeordneten: „Uns sind alle Gründe, für und wider, bekannt, aber wir wollen Krieg!“ Der Fürst entfernte sich hierauf, sich unter allgemeiner Aufregung eine Cigarre anzündend. Am Dienstag ging eine Slupschina-Deputation zum Fürsten und am Mittwoch begab sich der Präsident Trajcevic Namens der Slupschina zu ihm. Am Donnerstag soll die Scheidung fallen. Das Narodi-Telegramm droht mit Revolution. Die Bosnien melbet, nichts habe einen Mobilisirungsbeschluß in der Slupschina durchgesetzt und in Geheißform dem Amtsbuch zugesandt, ohne die Sanction des Fürsten zu haben. Diese Episode habe nichts den Gnadenstoß gegeben.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 11. Oktober.

r. Die Provinzialstände waren gestern Nachmittags in Myslins Hotel auf Einladung des Landtagsmarschalls, Freiherrn v. Unruhe, vom St. zu einem Diner versammelt, an welchem auch der Oberpräsident Glinther, der Reg.-Vizepräsident Wegner, die Ober-Reg.-Räthe und die mit den provinzialständischen Instituten in Verbindung stehenden Regierungsräthe, Divisionsgeneral v. Sandrat und andere Spitzen der Behörden Theil nahmen. Der Landtagsmarschall brachte den ersten Toast auf den Kaiser aus; der Oberpräsident toastete alsdann auf die Provinzialstände, der Vize-Landtagsmarschall v. Kuratowski-Bossadowo auf den Oberpräsidenten und die Behörden, der Divisions-

general v. Sandrat auf die Provinz. Das Diner erreichte gegen 7 Uhr sein Ende.

r. Die großen städtischen Bauangelegenheiten, welche vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung allerdings bereits vielfach ventilirt, dabei aber im Laufe dieses Jahres bisher wenig vorwärts gerückt sind, scheinen nunmehr doch wieder etwas in Fluß zu gerathen. Zunächst ist die neue Bauordnung für den Baubezirk der Stadt Posen, zu welcher der Entwurf vom Stadtbaurath Stenzel nach den Beratungen des Magistrats im Frühjahr 1873 im Druck erschien, in den 2½ Jahren, die seitdem verfloßen sind, soweit gediehen, daß sie voraussichtlich mit Anfang nächsten Jahres wird in Kraft treten können. Seitens des Polizeidirektoriums, welches bekanntlich in unserer Stadt gemeinsam mit dem Magistrat die städtische Baupolizei übt, sind mancherlei Abänderungen (besonders in Betr. der Wohnungen in Kellergeschossen, der Treppen, der Hofräume u. s. für erforderlich erachtet worden, und nachdem auch die kgl. Regierung einige Abänderungen vorgeschrieben, hat der Magistrat in der letzten Zeit nochmals über diese Abänderungen berathen, und wird nunmehr der abgeänderte Entwurf dem Polizeidirektorium und der kgl. Regierung zur Befestigung überandt werden, so daß, wenn nicht noch neue Hindernisse eintreten, die Bauordnung zu Neujahr in Kraft treten könnte. — In Angelegenheit der Kanalisation unserer Stadt tritt heute die gemischte Kommission zur Berathung über das vom Ingenieur Aird abgeänderte Hobrecht'sche Kanalisationsprojekt zusammen.

— Der polnische Propst Bendzinski an der hiesigen St. Martinikirche ist ein Geistlicher aus der neuen Schule der jungen Eiferer und befreit sich in jeder Weise das Gegenstück zu seinem toleranten Vorgänger, dem verstorbenen Propst v. Kaminski darzustellen. Sein hochmüthiges Verlangen an den hiesigen Wandwehverein, sich mit der Musik bei den Begräbnissen nach seinen Befehlen zu richten, ist noch bekannt, und so liegen noch manche andere Thatfachen vor, welche beweisen, wie sehr dieser Herr zum priesterlichen Absolutismus hinneigt. Vor wenigen Tagen versagte er seine Mithilfe bei einem Begräbnis, weil sich der Verstorbenen, der bereits Jahre lang irrsinnig war, selbst das Leben genommen hatte. Ebenso nett ist folgender Vorfall. Ein hiesiges katholisches Brautpaar, deutscher Nationalität, wollte am vergangenen Sonnabend, an dem Tage, wo die Eltern der Braut ihre silberne Hochzeit feierten, in der hiesigen St. Martinikirche die Eheschließung lassen, nachdem die bürgerliche Eheschließung am Tage zuvor stattgefunden. Der Propst verweigerte jedoch die Eheschließung an diesem Tage, da der Sonnabend in den hiesigen Posen Geseien ein Fasttag sei, und er annahm, daß die Hochzeitsgesellschaft nicht Abstinenz halten. Einen Fastentodspen oder ein Diminutivale zur Trauung in einer anderen Pfarochie zu ertheilen verweigerte der Propst. Da er fest auf seiner Weigerung verbarnte, und der Termin der Trauung nicht mehr geändert werden konnte, so fand sich der Vater der Braut gezwungen, die Trauung in einer eban-gelischen Kirche vollziehen zu lassen, wozu sich Herr Superintendent Klette bei der hiesigen Kreuzkirche, bereit erklärte, so daß am vorigen Sonnabend die Eheschließung stattfinden konnte. Vor etwa 20 J. ist ein ähnlicher Fall an der Kreuzkirche vorgekommen; damals war zu der Trauung des katholischen Brautpaares durch einen evangelischen Geistlichen noch die spezielle Genehmigung des kgl. Konfistoriums erforderlich, da zu jener Zeit die Geistlichen gleichzeitig noch dieselben Funktionen übten, die durch die 3. Verfassungsgesetzgebung den Standesbeamten zugefallen sind; unter den jetzigen Verhältnissen dagegen kann eine derartige kirchliche Eheschließung ohne Rücksicht auf die Konfession und die Zuständigkeit zu einer bestimmten Pfarochie ertheilt werden, sobald die Eheschließung auf dem Standesamte erfolgt ist. — Vor etwa 12 Jahren ist übrigens in derselben St. Martinikirche, in der gegenwärtig am Sonnabend keine Trauungen stattfinden dürfen, durch den damaligen humanen und geachteten Propst Kaminski Sonnabend Vormittags ein Paar getraut worden.

r. **Polnische Volksversammlungen.** In Poznan wird am 11. d. M. der Reichstagsabgeordnete für den Kreis Krotoschin, Propst Regel einer Wählerversammlung über die Thätigkeit der polnischen Reichstagsfraktion Bericht erstatten, und am 10. d. M. findet in Mosatino eine poln. katol. Volks-Versammlung statt in der hauptsächlich nach früheren Andeutungen zu schließen, die Parochianen über das, gegenüber dem Dekan Eufiminski einzuhaltende Verfahren „belehrt“ werden sollen.

r. **Das Einwohner-Meldeamt,** welches am 1. Oktober d. J. in unserer Stadt ins Leben getreten ist, befindet sich bereits in vollster Thätigkeit, indem seitdem nicht allein die Wohnungsveränderungen seit dem 20. v. M. bis zum 4. Oktober, sondern auch die gesammten sehr zahlreichen Wohnungsveränderungen, die durch den Michaelisumzug herbeigeführt worden sind, eingetragen waren. Wie bedeutend dieser Umzug war, geht daraus hervor, daß die Anzahl der am 2. Oktober gemeldeten Wohnungsveränderungen (incl. Umzuges von Dienstboten u. s.) 720, am 4. d. M. 458, am 5. d. M. 502, am 6. d. M. 471, am 7. d. M. 427, im Ganzen also in der Zeit vom 2.—7. d. M. 2578 betrug. Die An- und Abmeldungen beim Umzuge haben in bisheriger Weise auf den Polizeibureau der Nebiere zu erfolgen, von wo alsdann jeden Tag die Mittheilungen über diese An- und Abmeldungen an das Einwohner-Meldeamt abgegeben werden; nachdem nach diesen Meldungen die sogenannten Registerblätter berichtigt werden sind, werden dann die An- und Abmeldungen dem Magistrats beaufh. Berichtigung der Klassensteuerrollen überandt. Die Registerblätter auf dem Einwohner-Meldeamt befinden sich, alphabetisch geordnet, in 24 Kästen, die wiederum, alphabetisch geordnet, in großen Regalen mit Büchern stehen. Durch diese Einrichtung ist es möglich, trotz der vielen tausenden Registerblätter den Wohnort jedes Einwohners unserer Stadt in spätestens 24 Stunden nach erfolgtem Umzuge binnen kaum einer Minute zu erfahren, natürlich vorausgesetzt, daß die Anmeldung richtig und rechtzeitig erfolgt ist. Gegenwärtig sind 4 Beamte auf dem Bureau (Bismarckstraße 2, über dem nördlichen Eingange zum Tunnel) beauftragt: die Polizei-Sekretarats-Assistenten Bengski (als Bureauvorsteher), Kauhut und Berndt, sowie der Schumann Schmidt.

— **Lotterie.** Die Ziehung der 4. Klasse 152. königlich preussischer Klassen-Lotterie wird in Berlin am 16. Oktober d. J., Morgens 8 Uhr, im Ziehungsloose des Lotteriegeldbundes ihren Anfang nehmen. Die Erneuerungsloose, sowie die Freiloose zu dieser Klasse sind nach den §§ 5, 6 und 13 des Lotteriegeldgesetzes, unter Vorlegung der bezeugten Loose aus der 3. Klasse bis zum 12. Oktober d. J., Abends 6 Uhr, bei Verlust des Anrechts einzulösen.

J. **Nowyrazlaw, 8. Oktober.** [Preis-Lehrerkonferenz.] Schulerat, Salzbergwerk, Aparium, Biehfranzheit, Belohnung, Handwerkerverein.] Am 6. d. M. fand hieselbst unter Vorsitz des I. Kreis-Schulinspektors Superintendenten Schönsfeld, eine Kreislehrerkonferenz der evangelischen Lehrer aus der Diöcese Nowyrazlaw statt, zu der sich 2 Lokal-Schulinspektoren und ca. 60 Lehrer eingefunden hatten. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Referat des Lehrers Krüger von hier, über den Gebrauch der russischen Rechenmaschine. Dem Referat ging eine Probelektion voran, die Herr Krüger mit Kindern aus der Unterklasse vorführte. Ein zweites Thema war: Die Behandlung der Winkelmann'schen Bildertafeln. Referent Lehrer Schmidt II. aus Mosatino. Den dritten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Besprechung über die Einrichtung von Lehrern- und Schülerbibliotheken. Die Konferenz dauerte von 10 bis 1½ Uhr. Nach der pro 1874 veröffentlichten Kammerei-Kassenrechnung betrug die Ausgabe für das hiesige städtische Schulwesen im gen. Jahre 5691 Thlr. Hiervon kommen auf die Besoldung von 12 Lehrern, 3 Inspektoren und 3 Turnlehrern 4310 Thlr. — In dem Klausur'schen Bergwerk werden jetzt täglich 9 Fuß Wasser ausgepumpt, ohne daß ein weiterer Zufluß erfolgt. Es ist jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit erwiesen, daß man beim Ab-

teufen des Schachtes nur auf ein großes Wasserbeden gestossen. Da dieses Beden bis auf den schlammigen Boden nahezu ausgepumpt ist, so hofft man bis zum November auf dem Trocknen zu sein. Das Saugrohr muß jetzt schon immer tiefer gesenkt werden. Das Wasser hat bereits einen Soolgehalt von 10 pCt. — Das Aparium des Herrn Dr. Huns wird von Bromberg nach dem im hiesigen Kreise bezeugten Gute Glons verlegt. — In Orlowo Gut ist freihierarchischer Konflikt ausfolgt, die Lungenleude ausgebrochen. — Am 29. v. M. fand in Blankow ein größerer Brand statt. Es wird böswillige Brandstiftung vermutet und der B. f. g. sichert dem Entbeder des Brandstifters eine Belohnung von 100 Mark zu. Im hiesigen Handwerkerverein sollen, wie alljährlich, auch in diesem Winter monatlich zwei Vorträge gehalten werden. Den ersten Vortrag hielt am vorigen Dienstag Herr Gymnasial-Direktor Mangel über einige Erhebungen, welche die neue Zeit herbeiführen lassen.

Staats- und Volkswirtschaft.

Wien, 10. Oktober. Staatsbahnneinnahme 723066 Fl., gegen 64780 Fl. des Vorjahres, mithin Plus 38336 Fl.

Ver mis ch tes.

Köln, 8. Oktober. Die Aufgabe, die Kaiserpaläste zu säubern, ist gelöst. Der Versuch, welcher heute Mittag in Anwesenheit des ganzen Bombardierkorps vor sich ging, gelang vollständig. Der Kuppel schlug regelmäßig hintereinander an beiden Seiten des Glockenringes an. Ein Uebelstand war nur noch der, daß dieser Anschlag an einer Stelle stets viel schwächer als an der anderen war. (R. B.)

Die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger wird im Dezember d. J. ihre Delegierten-Versammlung abhalten. Auf derselben wird die brennende Frage der Erlangung der Korporationsrechte das Hauptthema der Beratung sein. Trotz aller Vorstellungen hat der preuss. Minister des Innern sich zur Ertheilung der Korporationsrechte nicht verstehen können, indem er mit Recht eine Aenderung und Revision der Statuten verlangt hat, was unter Aufsicht eines Versicherungs-Sachverständigen zu geschehen haben soll. Bei dem lebensfähigen Institut die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger ist, beweist der Umstand, daß dieselbe in diesem Augenblick allein über ein Vermögen von 692000 Mark in ersten Hypotheken, 6000 Mark in Werthpapieren und 1250 Mark in bar disponirt.

Eine dramatische Szene. In Wiesbaden (Rusland) spielte sich in einer Sitzung des Reichsgerichtes, nach einer Korrespondenz des „Golos“ vom 20. September, eine dramatische Szene ab, wie man sie nicht oft erlebt. Zwei schon zweifach bestrafte junge Diebe standen abwechselnd wegen Diebstahls unter Gericht. Der eine, Simonow, war erst 15 Jahre alt, trug aber in seinem abstoßenden, von einer häßlichen Krankheit zerfressenen Gesicht, in seiner heiseren Stimme alle Zeichen des Alters an sich. Der andere, Kolombow, der vor zwei Jahren noch ein hübscher Knabe war, hatte sich unterdessen in einen abgelebten Hühner verwandelt. Beide Angeklagten waren des Diebstahls geständig. Vor dem Plaidoyer lag der Präsidient eine Pause eintreten und die Mitglieder des Gerichtes, auch Einige aus dem Publikum, begaben sich in ein Nebenzimmer. Hier war es nun, wo der Vater des Simonow, ein Uhrmachermeister, mit Thränen in den Augen zu den Richtern tritt und sie beschwor — seinen Sohn nach Sibirien zu schicken. „Er ist ein Auswurf des Menschengeschlechtes“, sagte er. „Nicht nicht darauf, für Herren Richter, daß mein Sohn jung von Aussehen ist; er ist ein Teufel, auf den nicht einmal gütliche Ruten wirken. Er ist ein Uebelthäter, der, sobald er wieder frei wird, die übrigen Häuser der Stadt in Brand stecken wird. Auf solche Reden antwortete ihm ein Glied des Gerichtes, seinen Bitten könne nicht gewillfähr werden, da die Bestrafung des Schuldigen vom Urtheil der Geschworenen abhängt. Als das Gericht sich in den Sitzungssaal zurückbegeben, folgte ihm der Vater Simonow dahin und rief der Obmann Korowkin, als dieser sich mit den Fragen entfernte, noch nach: „Nikolai Nikolajewitsch, erinnern Sie sich dessen, daß mein Sohn 18 Jahre alt ist.“ — Nachdem das Verdict der Geschworenen erfolgt war und beide fahrgenotigten Verbrecher zu zwei Jahren Arbeitshaus verurtheilt wurden, sprach der Vater Simonow mit dem Anwalt: „O, wie bitter, das Gerichte hat mir mein Sohn todt zusammen. Nach einiger Zeit wurde der erkrankte Leichnam zu den übrigen fünf verurtheilten Kindern und der kranken Frau gebracht. Laas darauf wurde der Arrestant Simonow auf Anordnung der Prokuratur zur Leiche des Vaters geleitet, um Abschied zu nehmen.

Schwerin (Mecklenb.), 6. Oktober. Heute fand hier eine Aufmerksamkeit erregende Sitzung statt. Mit dem Vormittag trafen aus Berlin ein Baron M. S. Sebag nebst Gemahlin, der Baron David Sebag, der Ritter D. Sebag nebst Bruder, nebst Dienerschaft, sämtlich aus Tunis, Frau Dr. Henricke Heinemann aus Gothenburg, Dr. Leo Wundt und der Rabbiner Dr. Hildesheimer aus Berlin. Letzterer vollzog in einem dazu hergerichteten Zimmer im „Hotel de Paris“, unter Aufsicht des mecklenburgischen Landes-Rabbiners Dr. Salomon Cohn, in hebräischer Sprache die Trauung des 17jährigen Ritters Joseph Sebag, Offizier des Reichs von Tunis, mit der 15jährigen Baroness Sifela Sebag, ebenfalls aus Tunis. In 4 Uhr trat die aus 20 Personen bestehende Gesellschaft die Rückreise nach Berlin an. Wie eine hiesige Zeitung mittheilt, sind die Barone Sebag in Tunis reich begütert.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 11. Oktober. In dem neu erbauten, erst am 1. d. M. eröffneten großen Hotel „Kaiserhof“ auf dem Zietenplatz brach gestern (Sonntag) Vormittag 10½ Uhr in den unter dem Dache gelegenen Räumlichkeiten eine Feuersbrunst aus, die sich mit rasender Schnelligkeit über das ganze kolossale Gebäude weiter verbreitete und das Dach, das oberste Stock und nach zwei Seiten hin die Räumlichkeiten mehrerer Stockwerke fast vollständig zerstört hat. Die Feuerwehre, die bis gegen 2 Uhr allein thätig war, wurde um diese Zeit durch starke Abtheilungen von Militär theilweise abgelöst und verstärkt. Ebenfalls war man des Feuers vollständig Herr. Dasselbe soll dadurch entstanden sein, daß in den Kellerräumen ein Dampfkessel platzte.

Eisenach, 10. Oktober. In der heutigen ersten Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik wurden Rasse zum Präsidenten, Hildebrandt (Jena), v. Roggenbach und de Ravelle (Lüttich) zu Vizepräsidenten gewählt.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung beantragte Dr. Rudolph Meyer (Berlin), die Besprechung der wirtschaftlichen Krisis auf die Tagesordnung zu setzen und im Verfolg dieser Besprechung seinem Antrag, — den Reichstagsler zu ersuchen, den bei der deutschen Industrie betheiligten Unternehmern und Arbeitern nach Innen und Außen denjenigen Schutz zu gewähren, der als das alleinige Mittel erscheint, die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, und den sozialen Frieden auf dem heimischen Markt wieder zu gewinnen — die Zustimmung zu ertheilen. Der Präsident erklärte, daß der Ausschuss beschloffen habe, eine Beratung dieses Antrags nicht eintreten zu lassen, da nach früheren Beschlüssen die einmal festgesetzte Tagesordnung nicht abgeändert werden könne und weil auch vorzuziehen sei, daß der Antrag dem künftigen Ausschuss überwiesen werde. Dr. Meyer zog darauf seinen Antrag einseitig zurück, behielt sich aber vor, denselben in der morgen beginnenden zweiten Generalversammlung nochmals einzubringen, wenn die Versammlung zahlreicher besucht sei. Dementselbe beantragte darauf, die Tagesordnung sofort definitiv für die ganze Dauer der Versammlung festzusetzen. Der sodann von Dr. Meyer gestellte Antrag, die Beratung seines oben erwähnten Antrags auf die Tagesordnung des dritten Tages zu setzen, wurde abgelehnt und die vom Ausschuss fest-

gestellte Tagesordnung genehmigt. Der Antrag des Ausschusses, den Meyer'schen Antrag dem künftigen Ausschuss, zugleich zur schleunigen Beratung darüber zu überweisen, ob derselbe in einer früher als sonst zu berufenen Generalversammlung zu beraten sei, wurde angenommen.

Wien, 9. Oktober. Die ungarische Delegation hat heute das Ordinarium und das Extraordinarium des Armeebudgets inkl. der Forderung für die Beschaffung von Kanonen nach den Anträgen des Ausschusses unverändert angenommen. Sektionschef FML. Benedek befuhrte die Bewilligung der für die Verittenmachung der Hauptleute angelegten Summen, welche der Ausschuss zu streichen beantragt hatte. Nachdem indes Barady und Tokai den Ausfühsantrag unterstützt hatten, wurde derselbe angenommen. — Die Reichsrathsdelegation hat heute das Ordinarium des Kriegsbudgets durchberathen. Die Ausfühsanträge auf Streichung von 63500 Fl. bei dem Titel VI für höhere Kommandos und Stäbe, von 63252 Fl. bei dem Titel VII für Verittenmachung der Hauptleute und von 30296 Fl. für Einberufung der Referentoffiziere wurden nach lebhafter Debatte und obson der Chef des Generalstabs und der Kriegsminister v. Koller für die Forderung der Regierung eintraten, mit großer Majorität angenommen. Die übrigen der Regierungsvorlage entsprechenden Ausfühsanträge wurden debattelos genehmigt.

Agusa, 9. Oktober. Die Insurgentenführer Jhabratitsch und Beto versuchten in der letzten Nacht das Fort Sarina, welches beträchtliche Proviantvorräthe enthält, zu überrumpeln. Die Insurgenten wurden jedoch durch das Racttschfeuer der Türken zum Rückzuge gezwungen.

Haag, 9. Oktober. Gutem Vernehmen nach hat im Verlaufe der Unterhandlungen zwischen der niederländischen Regierung und Venezuela die niederländische Regierung es abgelehnt, die Forderung Venezuela's, dasselbe für die angebliche Einmischung niederländischer Unterthanen zu Euroqao in die inneren Angelegenheiten Venezuela's schadlos zu halten, zu erfüllen. Der Gesandte Venezuela's hat deshalb die diplomatischen Verhandlungen abgebrochen und den Haag verlassen.

Paris, 8. Oktober. Wie der „Messager de Paris“ erzählt, hätte die hiesige Ottomanische Bank, im Widerspruch mit dem von der Ottomanischen Bank in London eingehaltenen Verfahren, die Einlösung der Otkercoupons der türkischen Staatsschuld nicht suspendirt, indem sie von der Voransetzung ausgehe, daß der auf die künftige Einlösung der Coupons und der Amortisationsraten bezügliche Beschluß der Pforte vom 6. d. keine rückwirkende Kraft haben könne.

Bahome, 9. Oktober. Die Ankunft der nach San Sebastian beorderten Verstärkungsstruppen ist durch ungünstiges Wetter verzögert worden. — Don Carlos wohnte am 6. d. M. dem Bombardement auf Pampelona bei. Die Karlisten wurden indes durch einen Ausfall der Besatzung Pampelonas zum Rückzuge gezwungen.

Berniguan, 9. Oktober. Der Karlistengeneral Albaroz, vier karlistische Obersten und mehrere andere karlistische Offiziere, welche sich über Prats nach Frankreich begeben hatten, sind hier internirt worden.

Rom, 9. Oktober. Nach den nunmehr getroffenen Bestimmungen wird Se. M. der deutsche Kaiser an der Grenze des Königreichs von dem General Cialdini, einem Generaladjutanten und drei Flügeladjutanten des Königs, bei der Ankunft in Mailand von dem König und sämtlichen Mitgliedern der königlichen Familie empfangen werden. Am Tage nach der Ankunft findet ein Galadiner von 150 Gedecken statt. — Wie der „Politischen Korrespondenz“ aus Rom gemeldet wird, hat der König Viktor Emanuel als Geschenk für Se. M. den Kaiser Wilhelm ein in ziselirtem Silber gearbeitetes Jagdservice bestellt. Wie dasselbe Organ weiter berichtet, werden bei der zu Ehren des Kaisers stattfindenden Revue 20,000 Mann in der Parade stehen, nämlich 5 Jäger- und 5 Infanterie-Regimenter, 36 Schwadronen Kavallerie, 18 Batterien, die 3 Lehr-Bataillone von Asti, Sinigaglia, Maddaloni und 6 Bataillone Alpenjäger.

Rom, 10. Oktober. Wie die „Opinione“ meldet, sind die Verhandlungen wegen Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Italien und der Schweiz nunmehr beendet. Die Schweiz willigt ein, den bestehenden Vertrag schon vor dem Ablaufstermin als erloschen zu betrachten und ist bereit, einen neuen Vertrag auf 10 Jahre zu unterzeichnen.

Petersburg, 9. Oktober. Das „Journal de St. Pétersbourg“ bepricht in seinem heutigen Leitartikel die Auslassungen des Journals „Russische Welt“ über die Frage der Herzogin und bemerkt, die Äußerungen des Journals widersprechen nicht den Anschauungen der Regierung. Das „Journal de St. Pétersbourg“ hebt sodann hervor, Rußland könne nicht einen herausfordernden Ton annehmen, da durch einen solchen das Mikroskop der Türkei hervorgerufen werden würde und dieselbe eine solche Sprache Rußlands als Grund benutzen würde, um die Einführung der versprochenen Reformen zu umgehen. Es habe sich aber vielmehr in der orientalischen Frage ein seltsames Einvernehmen gebildet, welches den Sultan veranlassen werde, die Reformen thatsächlich vorzunehmen. Es sei dies der einzige rationelle Weg einer friedlichen Ausgleichung.

Konstantinopel, 9. Oktober. Die italienische Regierung hat heute in offizieller Weise Aufklärungen über die neuesten Finanzmaßregeln der Pforte verlangt; auch die Botschafter anderer Mächte haben solche Aufklärungen, aber in offizieller Form, gefordert. Die Lokalbancoren bereiten eine Petition an den Sultan gegen die Finanzmaßregeln vor.

Consols schlossen zu 33, 13, türkische Loose zu 85, 00.

Konstantinopel, 9. Oktober. Die Banque impériale hat formell gegen den Beschluß der türkischen Regierung, betreffend die Coupon-einlösung protestirt und erwartet Instruktionen von den Komitès in Paris und London. In Finanzkreisen war vielfach von der Feststellung eines Kompensationskurses für die türkische Anleihe die Rede. Man erwartet allgemein, daß demnächst eine weitere Erläuterung des Beschlusses, betreffend die Coupon-einlösung, werde veröffentlicht werden. — Consols eröffneten heute zu 31, 20, Riegen dann bis 34, 27 und notiren um 10½ Uhr 33, 20. Türkische Loose wurden zu 91, 50 gehandelt.

Montevideo, 6. Oktober. Der Belagerungszustand ist hier selbst proklamiert worden.

Belgrad, 9. Oktober. Die Braut des Fürsten Milan hat heute Nachmittag hier selbst ihren Einzug gehalten. Die Trauung wird Dienstag oder Mittwoch stattfinden. — Wie die „Amtszeitung“ meldet, hat der Kaiser von Rußland bei der Trauung die Funktion als Zeuge übernommen und als Stellvertreter den Generaladjutanten Grafen Sumarokow delegirt.

New York, 9. Oktober. Wie hierher gemeldet wird, hat der Präsident von Mexiko den dortigen Kongress in Person eröffnet und in der Eröffnungsrede die im Lande herrschende Ruhe und die zufriedensstellenden Beziehungen zu den auswärtigen Mächten besonders hervorgehoben.

Madrid, 10. Oktober. Dem Vernehmen nach richtete die Regierung nunmehr eine Note an den päpstlichen Stuhl, worin die Restituirung des Konkordates zugesichert wird. Ausgenommen sind die Bestimmungen, die der Kurie irgend welche Rechte bezüglich der inneren Verwaltung und internationalen Stellung Spaniens einräumen. Die Note fügt hinzu, wichtige Staatsrückichten machten die Wiederherstellung der katholischen Glaubenseinheit unmöglich, die auch, wenn schon im Konkordat ausgesprochen, als unwandelbares Prinzip nicht anzusehen sei. Die Regierung verleiht nicht das Konkordat, wäre aber gezwungen gewesen, die religiöse Toleranz zu respektiren.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wafner in Bosen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Angelkommene Fremde

11. Oktober.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Witt und Frau aus Bogdanowo und Wegner aus Potowo. Dr. med. Frau Herz aus Altenburg. Die Kaufl. Rosenwald aus Bromberg, Putmann und Schöpel aus Wien, Kapelontes, Prinz und Thoenemann aus Berlin, Silberstein und Schumbert aus Breslau, Bremer aus Stragburg.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Jagow aus Uchorowo und Schemann aus Stupia. Oberamtmann Gottschling aus Orlowo. Rechtsanwalt Stiebler nebst Frau aus Gräs. Prakt. Arzt Dr. Schönte aus Bosen. Gericht-Assessor Bid aus Schroda. Die Kaufl. Jamradt aus Königsberg i. Pr., Medlenburg und Senator aus Berlin, Nomm aus Götting und Sagenborn aus Bremen, Landrath und Rittergutsbes. v. Kallreuth aus Rudowin.

HOTEL DE PARIS. Rittergutsbesitzer Dielinek aus Polen. Die Gutsbesitzer Goltzi aus Siedziszewo, Frau Gladisch aus Znin, Fr. Gladisch aus Bieszo, Bogdanowski aus Polen, v. Ryklowski aus Siedziszewo. Rentier Frau Goldschmidt aus Schroda. Architekt Niemann aus Kassel. Die Kaufl. Samuel aus Berlin. Schmied aus Nachen, Wegener aus Dirschau und Preisnik aus Colberg.

Das Hamburg-New Yorker Post-Dampfschiff „Hammonia“, Kapitän Voh, welches am 22. v. M. von hier und am 25. von Gdäve abgegangen, ist am 7. d. 7 Uhr Morgens wohlbehalten in New York angekommen.

Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 9. Okt. Getreide-Börse. Wetter: sehr schön. Wind: West.

Weizen loco war am heutigen Markte sehr lustlos, ungeachtet die Zufuhr nur klein gewesen ist. Verkäufer mußten sich bequemen neuerdings etwas billigere Preise, für Mittel- und abfallende Qualität 2 bis 3 M. per Tonne weniger gegen gestern zu nehmen, um müßsam 212 Tonnen, darunter 80 Tonnen alt, verkaufen zu können. Bezahlt wurde für neu Sommer 131, 133/4 Pfd. 188 M., bunt und glatt 125/6 Pfd. 192, 194 M., 126 Pfd. 198, 199 M., blaupistia 131/2 Pfd. — M., hellbunt 129 Pfd. 203 M., 130 Pfd. 205, 206 M., hochbunt glatt 129 Pfd. — M., 131/2 Pfd. 210, 212 M., 132 Pfd. 215 M., dunkelglatt 131 Pfd. — M., hell 123 Pfd. — M., alt bunt 128 Pfd. 210 M., hellbunt 132 Pfd. 215 M. per Tonne. Termine billiger, Okt. 200 M. Gd., Ditt. = Nov. 201 M. Gd., — M. Gd., April = Mai 217 M. bez., Br. und Gd., Regulirungspreis 200 M. Gd. ändigt — Tonnen.

Roggen loco unverändert, 127 Pfd. 157 M. per Tonne ist für 10 Tonnen bezahlt, alter polnischer 125 Pfd. — M. Umfag — Tonnen. Termine ohne Handel, Okt. 193 M. Br., April = Mai 155 M. Br., 150 Gd. Regulirungspreis 140 M. — Erbsen loco Koch 169 und 170 M. per Tonne bez. — Weizen loco mit 190 M., Bohnen loco mit 78 M. per Tonne bez. — Rüben loco ohne Umfag Termine Okt. = Nov. 285 M. Br. Regulirungspreis 280 M. — Raps loco nicht verkauft. Termine ohne Angebot Regulirungspreis 285 M.

Breslau, 8. Oktober, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 Pct. pr. Oktober 45, 10, pr. November-Dezember 46, 50, pr. April-Mai 50, 00 Weizen pr. Oktober-November 190, 00. Roggen pr. Oktober-November 151, 00, pr. November-Dezember 151, 50, pr. April-Mai 155 50. Haub pr. Oktober-November 60, 00, pr. November-Dezember 61, 00, pr. April-Mai 64, 00. Zink fest. — Bremen, 9. Oktober. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 11, 00, pr. November 11, 20, pr. Dezember 11, 40, pr. Januar 11, 60. Höher.

Hamburg, 9. Oktober, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine still. Roggen loco still, auf Termine flau. Weizen pr. Oktober 205 Br., 203 Gd., pr. Novbr.-Dezemb. pr. 1000 Kilo 206 Br., 205 Gd. Roggen pr. Oktober 142 Br., 141 Gd., pr. November-Dezember pr. 1000 Kilo 146 Br., 145 Gd. — Hafer still. — Gerste ruhig. — Aushil sehr fest, loco und pr. Oktober 65, pr. Mai pr. 200 Pfd. 66½. — Spiritus ruhig, pr. Okt. 37, pr. Novbr.-Dez. 38, pr. Dezember-Januar und pr. April-Mai pr. 100 Liter 100 Pct. 38½. Kaffee fest, Umfag 2000 Sack. Petroleum sefter, Standard white loco 11, 00 Br., 10, 90 Gd., pr. Oktober 10, 80 Gd., pr. Oktober-November 11, 00 Gd.

Köln, 9. Oktober, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen loco fest, hiesiger loco 20, 50, fremder loco 21, 50 pr. November 20, 65 pr. März (1876) 22, 05. Roggen loco fest, hiesiger loco 16, 09, pr. November 14, 65, pr. März (1876) 15, 90. Hafer still, loco 16, 50, pr. November 16, 70. Aushil fest, loco 32 90, pr. Oktober 32, 70, pr. Mai (1876) 34, 60. — Wetter: Schön.

London, 9. Oktober, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 62,600, Gerste 45,900, Hafer — Ards.

Der Markt schloß für sämtliche Getreidearten bei schleppehem Geschäft fest. Weizen weniger rege. Angelommene Ladungen sehr ruhig, schwimmende vernachlässigt. — Wetter: Bewölkt.

Liverpool, 9. Oktober, Vormittags. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Nutzmäßlicher Umfag 12000 Ballen. Stetig. Tagesimport 1090 Ballen amerikanische.

Liverpool, 9. Oktober, Nachmittags. Baumwolle (Schlußbericht.) Umfag 12000 B., davon für Spekulation und Export 3 00 Ballen. Auf Lieferung ½ d. höher.

Middling Orleans 7½, middling amerikan 6½, fair Dhollera 4½, middl. fair Dhollera 4½, good middling Dhollera 4½, middl. Dhollera 3½, fair Bengal 4½, fair Brach 5 new air Novbr. 4½, good fair Novbr. 5½, fair Madras 4½, fair Pernam 7½. — Smyrna 6½, fair Egyptian 7½.

Upland nicht unter low middling November-Dezember-Berichtsfung pr. Segelschiff 6½ d.

Baumwollen-Wochenbericht. Baumwolle schwimmend nach Großbritannien 232,000 B., davon amerikanische 33,000 Ballen.

Manchester, 8. Oktober, Nachmittags. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 8½, 20r Water Nicholls 10½, 30r Water Gholow 11½, 30r Water Clayton 12, 40r Water Wapoll 10½, 40r Medio Wapoll 13, 36r Watercopps Qualität Nowland 12½, 40r Double Weston 13, 60r Double Weston 16. Printers 11½, 11½ 8½ p. d. 117. Mäßiges Geschäft, Preise anziehend.

